

Positive Signale für Spitalfusion

Zusammenarbeit im Gesundheitswesen zwischen Luzern und Nidwalden sorgt national für Aufsehen

Seit 2012 führen Luzern und Nidwalden ihre Kantonsspitäler aus einer Hand. Die Erfahrungen der Kooperation sind für Patienten, Personal und Politik derart gut, dass aus der Verlobung eine Heirat in Form einer Fusion werden könnte.

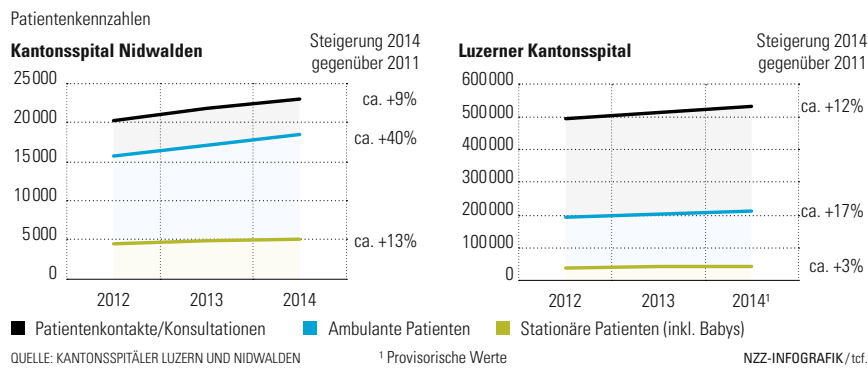
Erich Aschwanden, Stans

Die Grippeviren haben in den vergangenen Wochen auch in der Zentralschweiz zugeschlagen. Insbesondere das Luzerner Kantonsspital (Luks) wurde zeitweise von Patienten mit den einschlägigen Symptomen fast überrannt. Das Spital gelangte dadurch an seinen Standorten an die Kapazitätsgrenze. Entlastend wirkte, dass zahlreiche Patienten im wenige Kilometer entfernten Kantonsspital Nidwalden betreut werden konnten. Solche normalerweise mit bürokratischem Aufwand verbundenen Überweisungen sind für die beiden Spitäler Teil des Geschäftsmodells. Seit etwas mehr als drei Jahren werden sie nämlich von einer gemeinsamen Leitung geführt. Eine solche Zusammenarbeit über die Kantonsgrenzen hinweg ist einmalig.

Patienten profitieren

Das Projekt mit dem Namen Luzerner-Nidwaldner Spitalregion (Lunis) wirkt fast exotisch im Schweizer Gesundheitswesen, wo regionale Interessen eine effiziente Versorgung oft verhindern. Urs Baumberger ist Direktor des Kan-

Gemeinsame Spitalregion Luzern und Nidwalden



tonsspitals Nidwalden (KSNW) mit seinen rund 90 Betten und 500 Mitarbeitenden und damit der Vertreter des kleineren Partners in der Allianz. Für ihn zeigen die bisherigen Erfahrungen, dass die Patienten aus Nidwalden, Engelberg und Seelisberg vom Zusammengehen nur profitieren.

In Stans sei nahe von ihrem Wohnort die erweiterte Grundversorgung sichergestellt. «Daneben bietet das Luks ein grosses Angebot von medizinischen Leistungen, die wir als kleineres Regionalspital nicht abdecken können», erklärt der stellvertretende CEO von Lunis. Das Luks hat an vier Standorten rund 850 Betten und über 6200 Mitarbeitende.

Zu den Leuten, die die Mehrleistungen für Nidwalden bieten und Lunis gewissermassen verkörpern, gehört Martin Sykora. Er ist seit August 2014 zu 70 Prozent als Chefarzt Allgemeine und viszerale Chirurgie in Stans tätig und arbeitet daneben zu 30 Pro-

zent in Luzern. Im Regionalspital Stans kann er viele chirurgisch interessante Operationen durchführen. Gleichzeitig leitet er in Luzern in seiner Funktion das Adipositas-Zentrum Zentralschweiz. «Hätte ich diese Tätigkeit aufgeben müssen, hätte ich den Wechsel nach Stans kaum vollzogen», sagt Sykora. Die Möglichkeit, unkompliziert zwischen einem kleineren, interdisziplinär ausgerichteten Spital und einem Zentrumsspital mit hochspezialisierter Medizin zu wechseln, wird gerade von jüngeren Ober- und Assistenzärzten geschätzt. Doch auch bei der Rekrutierung von Pflegepersonal sei dies ein nicht zu unterschätzender Trumpf, betont Baumberger.

«Kein Wohlfühlverein»

Organisatorisch bilden die beiden Kantonsspitäler gewissermassen einen Konzern. Die Oberaufsicht liegt bei den beiden Spitalräten, die personell iden-

tisch besetzt sind. Im siebenköpfigen Gremium sitzen fünf Vertreter aus Luzern und zwei aus Nidwalden. Operativ zeichnet mit Benno Fuchs ein CEO für die beiden Standorte verantwortlich. Fusioniert haben die beiden Häuser (noch) nicht, doch die Kooperation geht sehr weit.

«Solche Strukturen sind immer gut gedacht, doch wenn es menschlich zwischen den Verantwortlichen nicht stimmt, funktioniert eine solche Kooperation nicht», sagt Fuchs, der gleichzeitig Direktor des Luks ist. Er und Baumberger verstehen sich bestens und stimmen sich im persönlichen Kontakt oder via Mail und Telefon laufend ab. Alle zwei Wochen trifft sich die Geschäftsleitung. «Wir sind kein Wohlfühlverein. Es gibt auch schon einmal harte Diskussionen. Doch diese verlaufen immer in einem sachlichen, respektvollen Rahmen», sagt Fuchs.

Die weitgehend reibungslos funktionierende Spitalregion in der Zentralschweiz stösst im schweizerischen Gesundheitswesen auf grosses Interesse. Rund ein Dutzend Mal pro Jahr werden die Verantwortlichen eingeladen zu Kongressen und Symposien, wo sie über ihre Erfahrungen berichten. Lunis hat auch mitgeholfen, dass sich die Spitäler in Bezug auf die Patientenzahlen und finanziell positiv weiterentwickeln konnten (siehe Grafik).

Das Einsparpotenzial von Lunis hat die Nidwaldner Regierung 2011 vor dem Start der Kooperation in der Startphase als relativ gering eingeschätzt. Der eigentliche finanzielle Nutzen werde sich erst in der Etappe 2 einstellen. Geschätzten Kosten von 5,6 Millionen

Franken stehen demnach geschätzte Einsparungen und Mehrerträge von rund 10 Millionen Franken gegenüber.

Fusion möglich

Zurzeit wird diskutiert, wie diese zweite Etappe ausgestaltet werden soll. Der Lunis-Rahmenvertrag und damit die «Verlobungsphase» läuft Ende 2015 aus. Ob es anschliessend zu einer Heirat – sprich zur Fusion – kommen wird, ist noch offen. Von einer Weiterführung des bisherigen Modells über ein Betreibermodell, bei dem Luzern das KSNW betreibt, oder eine Holdinggesellschaft bis hin zu einer Fusion zu einer AG wird über vier verschiedene Szenarien diskutiert. Eine Auflösung der Partnerschaft ist kein Thema. Bis Mitte dieses Jahres soll ein Bericht der Spitalräte über das weitere Vorgehen vorliegen. Anschliessend ist die Politik am Zug.

«Lässt sich eine Fusion so ausgestalten, dass eine Win-win-Situation entsteht und es auf beiden Seiten keine Verlierer gibt, so ist sie realistisch», erklärt die Nidwaldner Gesundheitsdirektorin Yvonne von Deschwanden (fdp.). Auch ihr Luzerner Amtskollege Guido Graf (cvp.) erklärte vor zwei Jahren eine Fusion für möglich. Sie müsse so ausgestaltet sein, dass sie medizinisch, ökonomisch, politisch und für die Betroffenen Sinn habe und beispielsweise die Pensionskassen jeweils in den beiden Kantonen verbleiben, sonst dürfte der Widerstand zu gross sein, erklärt von Deschwanden. Sollte es zu einer Fusion kommen, werden die kantonalen Parlamente und gegebenenfalls das Stimmvolk das letzte Wort haben.

Fahrplan zum AKW-Rückbau steht

Arbeiten in Mühleberg bis 2034

disc. · Das Berner Stromunternehmen BKW hat am Dienstag den Rückbau des AKW Mühleberg erläutert, das 2019 vom Netz genommen werden soll. In der Schweiz kommt es damit zum ersten Mal zu einer Stilllegung eines grossen Atomkraftwerks. Der ganze Stilllegungsprozess werde bis ins Jahr 2034 dauern, so die ausführlichen Informationen der BKW. Das entsprechende Gesuch wird Ende dieses Jahres bei der Aufsichtsbehörde Ensi eingereicht.

Nach der Ausserbetriebnahme 2019 geht es um den Abtransport der Brennelemente ins nationale Zwischenlager Würenlingen, um die Dekontamination von Systemen und Vorbereitung zum Rückbau. Das heutige Maschinenhaus soll als Zentrum für Materiallogistik und Dekontamination dienen. Nach ungefähr fünf Jahren soll der eigentliche Rückbau starten. Während rund acht Jahren werden die nuklearen Systeme wie der Reaktorbehälter demontiert. Bei stark strahlenden Anlagenteilen kommen Roboter zum Einsatz. Radioaktives Material, das nicht dekontaminiert werden kann, kommt ebenfalls ins nationale Zwischenlager für radioaktive Abfälle nach Würenlingen, um später ins geplante Tiefenlager gebracht zu werden. Ziel des Rückbaus ist, dass auf dem ganzen Gelände keine erhöhte Radioaktivität mehr messbar ist. Das Areal stände dann anderweitig zur Verfügung, allenfalls könnten gewisse Gebäude erhalten bleiben. Die BKW erwähnt eine Nutzung als Industriestandort oder eine «naturnahe Nutzung». – Aufgrund der Anbindung ans Stromnetz wäre der Platz aber auch für ein Gaskombikraftwerk geeignet. Die Kosten für die Stilllegung werden auf 800 Millionen Franken geschätzt.

Derweil bleibt aber Atomstrom ein wichtiger Bestandteil der Energieversorgung. Die fünf Schweizer Reaktoren produzierten 2014 laut neuen Zahlen von Swissnuclear 26,412 Milliarden Kilowattstunden Strom, knapp sechs Prozent mehr als im Vorjahr. Das AKW Mühleberg zeichnete sich dabei durch eine besonders hohe Verfügbarkeit aus.



Die Zürcher Gemeinde Rafz nach der Bombardierung durch ein alliiertes Kampfflugzeug im Februar 1945.

EUGEN SUTER / KEYSTONE

LESERAUFUF

Zeitzeugen gesucht

Wie haben Sie das Ende des Zweiten Weltkriegs in der Schweiz erlebt?

zas./lzb. · «Der Krieg in Europa geht seinem Ende entgegen. Wie Heinrich Pestalozzi vor mehr als hundert Jahren ahnungsvoll voraussah, hat die offene Gewalt ein à tout gespielt, um es [das Spiel] zu gewinnen oder zu verlieren – und sie hat es verloren», heisst es in der NZZ vom 7. Mai 1945. Wie die Schweizer Filmwochenschau berichtet (SRF-Archiv), «explodiert die Freude wie Feuerwerk». Strassen und Plätze seien von Jubel und Festlichkeit überflutet. Der ordentliche Verkehr vermöge nichts mehr wegen des freien Stroms der Freude – dies 24 Stunden vor dem offiziellen Tag zur Feier des Waffenstill-

standes. Am 8. Mai 1945 dann erfolgt die Mitteilung in London, Washington und Moskau von der Einstellung der Feindseligkeiten in Europa. Wie der Moderator der Filmwochenschau sagt, «dürfen wir als eines der wenigen Völker der Erde den Frieden feiern, ohne entsetzliche Wunden heilen zu müssen».

Bald ist es 70 Jahre her, das Ende des Zweiten Weltkriegs. Es war eine Zäsur, war Ende und Anfang zugleich. Waren auch Sie Zeitzeuge? Wie haben Sie das Ende in der vom Krieg verschonten und trotzdem betroffenen Schweiz erlebt? Wie war Ihnen zumute? Wie war die Gefühlslage? Die

NZZ sucht für eine multimediale Dokumentation nach Zeugnissen und Erinnerungen. Die eindrücklichsten Eindrücke unserer Leserinnen und Leser werden veröffentlicht. Wir freuen uns über Ihre Fotos, Briefe, Bewegbilder und Geschichten. Das Material wird sorgfältig gesichtet und nach der Veröffentlichung zurückgeschickt.

Sie erreichen uns auf elektronischem Weg über folgende E-Mail-Adresse: kriegsende@nzz.ch. Auch können Sie uns das Material auf dem Postweg zusenden: Neue Zürcher Zeitung, zu Händen des Redaktionssekretariats, Falkenstrasse 11, Postfach, 8021 Zürich.

IN KÜRZE

Zwei Milliarden für Nationalstrassen (sda) · Der Bund investiert 2015 rund 1,95 Milliarden Franken in das Nationalstrassennetz. 630 Millionen Franken sind für neue Abschnitte vorgesehen, 1,24 Milliarden Franken für den Ausbau und Unterhalt des bestehenden Netzes und 75 Millionen Franken für die Beseitigung von Engpässen. Das Verkehrsdepartement hat die entsprechenden Bauprogramme 2015 nach den Kreditentscheiden im Parlament bewilligt.

60 zusätzliche Gefängnisplätze (sda) · Im Kanton Aargau werden 60 neue Gefängnisplätze gebaut. Das Kantonsparlament genehmigte dafür am Dienstag oppositionslos 25,2 Millionen Franken. Im Kanton Aargau hat sich die Situation in den Haftanstalten und Gefängnissen seit 2008 drastisch verschärft. Die Auslastung der Haftplätze für Untersuchungshaft und kurze Freiheitsstrafen in den acht Bezirksgefängnissen und im Zentralgefängnis Lenzburg stieg derart an, dass die verfügbaren Zellen seit 2012 überbelegt sind.

Neuer Dach-GAV bei der Post (sda) · Anderthalb Jahre nach dem Startschuss haben sich die Delegationen der Post und der Gewerkschaften auf neue Gesamtarbeitsverträge (GAV) geeinigt. Jede der drei Konzerngesellschaften erhält je einen neuen GAV, dessen Eckwerte in einem übergeordneten Dach-GAV geregelt sind. Darin ist unter anderem festgelegt, dass die automatischen Lohnerhöhungen aufgrund der Anstellungsdauer entfallen.

Treffen von Fahrenden-Arbeitsgruppe (sda) · Am Dienstag hat eine neue Arbeitsgruppe zu den Fahrenden ihre Arbeit aufgenommen. Vertreter des Bundes und der Fahrenden haben an einer Sitzung über das Problem der mangelnden Stand- und Durchgangplätze diskutiert. Konkrete Ergebnisse liegen noch nicht vor. Die Arbeitsgruppe hat den Auftrag, bis Ende 2015 einen Aktionsplan zu erarbeiten. Bei einer Sitzung im November hatte ein Grossteil der Fahrenden das Treffen unter Protest verlassen.